



GdP aktiv

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI * Kreisgruppe Mannheim

Ausgabe 20
16.09.2013

**Gespräch im
Rathaus zwischen
Stadt, GdP und SV
Waldhof Mannheim:**

**Kein Platz für
Krawallmacher
(Titelseite)**

**Projekt
„Polizei – (k)ein
Thema für die
Schule:**

**Schüler begeistert
vom Song „Auch nur
ein Mensch“
(Seite 2)**

**Aktuelles
Gerichtsurteil:
Richterin
verweigert Polizist
Schmerzensgeld
(Seite 3)**

**KRAWALLE IM
FUSSBALLSTADION:
Trotz Schalke-Streit
Dialog mit dem
Fußball fortsetzen
(Seite 4)**

**Erlös aus dem
Polizeifest 2012
Sweat-Shirts mit
aktueller Aufschrift
an Einsatzzug
Mannheim
übergeben**



(Seite 5)

Impressum:
Gewerkschaft der Polizei
Kreisgruppe Mannheim,
Vorstandschft., B 6, 4-5
68159 Mannheim
Tel.: 0621/174-4226
Fax: 0621/174-3999
info@gdpmannheim.de
www.gdpmannheim.de



GdP-Chef Mohr, Erster Bürgermeister Specht und SVW-Präsidiumsmitglied Geschwill beim Gespräch im Rathaus (Foto: Stadt Mannheim)

Gespräch im Rathaus zwischen Stadt, GdP und SV Waldhof Mannheim:

Kein Platz für Krawallmacher

Erster Bürgermeister und Sicherheitsdezernent Christian Specht hat den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mannheim, Thomas Mohr, und den im SVW-Präsidium für die Fanarbeit zuständigen Klaus-Rüdiger Geschwill zu einem Gespräch im Rathaus eingeladen. Dabei stellte Mohr klar, dass er mit seinem Hinweis auf das ‚freundschaftliche Abklatschen‘ von Waldhof-Spielern mit Personen auf der Südtribüne, die zuvor durch Provokationen aufgefallen waren, weder den Verein noch die gesamte Mannschaft pauschal kriminalisieren wollte. „Ich wollte vielmehr aufgrund meiner persönlichen Beobachtung darauf hinweisen, dass eine Solidarisierung des Vereins und seiner Spieler mit Krawallma-

chern auf keinen Fall stattfinden darf“, betonte der GdP-Chef. Auch der SV Waldhof stellte klar, dass er sich von Gewalttätigen distanziert und weitere Maßnahmen getroffen hat: „Wir haben schon lange vor dem Offenbach-Spiel mit unserer Mannschaft klare Verhaltensregeln vereinbart, an die sich auch alle Spieler halten“, berichtet Geschwill. „Dazu gehört zum Beispiel, dass das traditionelle Feiern vor dem Fanblock nicht stattfindet, wenn dort zuvor bengalische Feuer oder Rauchbomben gezündet wurden.“ Mohr, Geschwill und Specht vereinbarten, zukünftig bei persönlichen Wahrnehmungen den direkten Kontakt miteinander zu suchen und gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. „Für die Stadt Mannheim, den

Verein und die Polizei steht fest, dass wir Gewalt bei Fußballspielen oder anderen Großereignissen auch weiterhin nicht tolerieren werden“, fasste Specht zusammen und betonte: „Randalierer und Provokateure dürfen keinen Unterschlupf bei ‚echten‘ Fußballfans finden.“ Dazu hatte am Freitag ein Gespräch mit den Fanverbänden des SV Waldhof stattgefunden: Alle Vereinigungen wollen darauf hinwirken, dass sich ihre Mitglieder in Zukunft nicht nur verbal, sondern auch örtlich von Krawallmachern distanzieren, um der Polizei ihre Arbeit zu erleichtern. „Wer sich nicht an die einfache Regel ‚Kein Platz für Krawallmacher‘ hält, ist kein Unterstützer unseres Vereins“, betonte Geschwill. (Stadt MA)

Projekt „Polizei – (k)ein Thema für die Schule:

Schüler begeistert vom Song „Auch nur ein Mensch“

Von Simone Schneider (Lehrerin an der Erich-Viehweg-Mittelschule)

Zum wiederholten Mal konnte an der Erich-Viehweg-Mittelschule in Frankenberg unser Polizei-Projekt durchgeführt werden. Nach 2011 und 2012 stand es nun unter dem Titel "Polizei - (k)ein Thema für die Schule".

Für 17 Schülerinnen und Schüler der 7.-9. Klassen hieß das, sich in der letzten Schulwoche vor den Sommerferien intensiv mit dem Thema "Polizei" auseinander zu setzen. Die Gruppe war voller Erwartungen, und ich war die letzten Tage davor nur noch eins: aufgeregt. Wie wird das Projekt diesmal ankommen? Wie wird die Zusammenarbeit mit der Polizei im 3. Jahr sein????

Tag 1: Der Einstieg ins Thema- mit Filmen, Infomaterial, Übungen, Musik hören und Lesen. Oh ja, Filme schauen und Musik hören, das ist klasse. Aber Lesen?????....da ist natürlich nicht gerade mit Begeisterungstürmen am 1.Tag zu rechnen. Aber die Begeisterung wächst beim Lesen der Geschichten. Und die Geschichten machen Lust, mehr über die Menschen in Uniform zu erfahren, sie hautnah zu erleben. Und deshalb gehören die Bücher der Polizei-Poeten seit 2011 zum festen Bestandteil des Projektes.

Doch diesmal war etwas Besonderes am ersten Tag. Der Song "Auch nur ein Mensch" von Chri Be (Gecko) kam bei allen richtig gut an. Einige kannten es schon, hatten bereits die CD oder den Song auf dem Handy. Und immer wieder die Frage der Kids: "Ist das wirklich ein Polizist, der da singt???"

Tag 2: Besuch bei der Kriminalpolizei. Hier haben wir jede Menge über die Arbeit der Kriminalisten erfahren, über Tatortarbeit, Brandermittlung, Phantombildzeichnung und die Gefährlichkeit von Drogen. Aber auch darüber, dass es gar nicht so wie im Film ist, wo ein oder zwei Kriminalisten den Fall bearbeiten und alles selbst machen. Nein,

da sind viel mehr Beamte beteiligt, echte Teamwork ist da erforderlich. Und die Erlebnisse von diesem Tag sollten sich bald als nützlich erweisen.

Tag 3: Polizeischüler der Mittelschule Chemnitz waren zu Besuch in der Mittelschule, und sie hatten sich etwas Besonderes einfallen lassen. Die Projektteilnehmer wurden in 3 Ermittlungsgruppen aufgeteilt und mussten selbst aktiv werden. Alles "kleine" Kriminalisten, die in den Gruppen selbständig Phantombilder erstellen, Spuren sichern und einen Tatort



Schüler der Mittelschule in Sachsen mit einer signierten CD von Polizei-Rapper Chri Be (Gecko) und dem GdP-Plakat „Auch Mensch“ Foto: ZG

bearbeiten mussten. Es war spannend und die Ergebnisse der Ermittlungsgruppen konnten sich sehen lassen. Auch der Spaß kam keineswegs zu kurz, genauso wie die Gespräche der Beteiligten.

Und die Polizeischüler konnten auch von den Mittelschülern etwas erfahren. Da kannten doch tatsächlich manche noch nicht mal den Rapsong "Auch nur ein Mensch". Das änderte sich ziemlich schnell, und so mancher Polizeischüler wird seit diesem Tag einen Song mehr auf dem Handy haben.

Tag 4: Die Projektteilnehmer schaffen sichtbare Ergebnisse zum Projekt. Eine Gruppe startete eine Umfrage in der Schule zum Thema "Wie denkst du über die Arbeit der

Polizei?". Die Ergebnisse wurden ausgewertet und auf einem Plakat dargestellt. Eine weitere Gruppe machte aus einer Geschichte der Polizei-Poeten eine Plakatreihe für die Schule. Die Geschichte "Zimmerbrand" wurde durch handgemalte Bilder ergänzt und mit Fantasie zu einem anschaulichem Kunstwerk.

Alles in allem ein gelungenes Projekt, was auch die Auswertungsbögen der Schüler beweisen.

Die direkte Beteiligung der Polizei im Projekt ist ein so wichtiger Bestandteil, und Ihr Engagement für das Projekt ist endlos zu würdigen. Durch diese Kontakte, diese Zusammenarbeit ist es möglich, schon jungen Menschen klar zu machen, dass Polizisten eine sehr wichtige Arbeit leisten und große Verantwortung tragen, egal in welchem Bereich der Polizei sie tätig sind.

Und die Schüler haben eins verstanden: Jeder Polizist ist

"Auch nur ein Mensch" !

Und deshalb sage ich hier DANKE! Danke für jede Unterstützung seitens der Polizei auch über Sachsen hinaus, **danke der GdP und der Jungen Gruppe, vor allem auch der GdP Mannheim für das tolle Paket und andere Überraschungen :-)**. **Danke an den Rapper Chri Be für diesen aufrüttelnden Song**, danke den Polizei-Poeten für ihre Geschichten, die so oft ins Innere der Beamten blicken lassen, und danke Gerke M. und dem Verein "KGgP" für das umfangreiche Infomaterial, was uns zur Verfügung gestellt wurde.

Ich bin mir sicher, dass sich die Schüler diesem Dank anschließen.

Ich hoffe, dass durch das Projekt bei den jungen Menschen etwas Positives hängen bleibt. Und ich würde mir wünschen, dass das Projekt weiter bestehen kann und vielleicht Nachahmer findet.

Simone Schneider

Aktuelles Gerichtsurteil:

Richterin verweigert Polizist Schmerzensgeld

Quelle: GdP-Rechtsschutz MA

Ein Polizeibeamter (Kläger) erhielt aktuell das nachfolgende Urteil, dass ihm sein Anspruch auf Schmerzensgeld verwehrt.

Hier die Begründung der Richterin aus Hessen:

Die Klage ist zulässig aber unbegründet.

Dem Kläger steht bereits nach seinem eigenen Vorbringen kein Anspruch auf Schmerzensgeld gem. §§ 823 Abs. 1, 2 BGB, § 185 StGB, Art. 1, 2 GG zu. Unter Zugrundelegung des Klägervortrags hat der Beklagte das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Klägers verletzt, indem er in Richtung des Klägers "Fass mich nicht an, du Bastard", "Fickt Euch, ich geh da jetzt lang", "Wichser", "Arschloch" und "Fick Dich, Du Hurensohn" äußerte.

Eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts begründet jedoch nur dann einen Anspruch auf Geldentschädigung, wenn es sich um einen schwerwiegenden Eingriff handelt und die Beeinträchtigung nicht in anderer Weise ausgeglichen werden kann. Das hängt insbesondere von der Bedeutung und Tragweite des Eingriffs in das allgemeine Persönlichkeitsrecht ab, ferner vom Anlass und Beweggrund des Handelnden sowie vom Grad seines Verschuldens.

Die bereits dargelegten Äußerungen stellen Beschimpfungen dar, die sich im Wesentlichen nicht gegen den Kläger in Person richten, sondern auf seine Eigenschaft als Polizist gerichtet sind. Die Äußerung "Fickt Euch, ich geh' da jetzt lang" macht dies besonders deutlich. Die Äußerungen sind spontan gefallen. Die weiteren Äußerungen "Wichser", "Arschloch" und "Hurensohn" sollen nach Klägervortrag bei der Anwendung unmittelbaren Zwangs erfolgt sein. **Unterstellt, der Sachverhalt habe sich so ereignet, wie vom Kläger dargestellt,** dann hat der Beklagte seinem Unmut über eine polizeiliche Maßnahme in beleidigender Weise rein verbal zum Ausdruck gebracht. Dies genügt jedoch nicht, eine schwerwiegende Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Klägers anzunehmen und ein Schmerzensgeld zuzusprechen (vgl. LG Munster, Urteil vom 29.08.2002, Az.: 8 S 210/02; LG Oldenburg, Beschluss vom 07.02.2013, Az.: 5 S 595/12).

Insbesondere ist der Sachverhalt von der Intensität und Schwere nicht zu vergleichen mit der Entscheidung des AG Böblingen, 3 C 1899/96, das einer Polizisten 300,00 -Euro Schmerzensgeld aufgrund wiederholter, besonders vulgärer und ordinärer, ekelregender Titulierungen zusprach.

Schwerwiegende körperliche oder seelische Beeinträchtigungen aufgrund des Vorfalles hat der Kläger aufgrund des Ereignisses auch nicht behauptet.

Die Ablehnung von Schmerzensgeld führt nicht dazu, dass Polizisten im Dienst beliebig beleidigt werden dürfen. Die geschilderten Äußerungen erfüllen, **soweit sie sich wie vom Kläger behauptet ereignet haben,** den Straftatbestand der Beleidigung und können entsprechend verfolgt werden.

Da der Kläger mit seiner Hauptforderung nicht durchdringen konnte, war auch der Nebenforderung kein Erfolg beschieden.

Soweit die Begründung der Richterin aus Hessen.

Uns wurde dieses Urteil bekannt gegeben. Es löste in uns Unverständnis und teils auch Verärgerung aus. Die hier teilweise von der Richterin angebrachten Äußerungen in Ihrer Begründung, warum Sie einem Polizeibeamten das Schmerzensgeld verweigert, sind erneut ein Beweis dafür, wie Teile der Justiz die Polizisten sehen. Schon die **unterschwellige Äußerung, „...Unterstellt, der Sachverhalt habe sich so ereignet, wie vom Kläger dargestellt... oder gar ... soweit sie sich wie vom Kläger behauptet ereignet habe...“**

schlägt dem Fass den Boden raus. Hier könnte schon der Eindruck entstehen, dass die Richterin hier Partei für die Gegenseite ergriffen hat.

Polizisten müssen sich nicht alles gefallen lassen und wir von der GdP sehen das schon anders als jene Richterin aus Hessen. Ihrer Meinung nach muss also ein Polizist erst schwerwiegende körperliche Beeinträchtigungen aufgrund der Beleidigung haben, dass er Anspruch auf Schmerzensgeld hat.

Dieses Urteil ist ein Signal in die falsche Richtung und durch andere Rechtsentscheidungen auch widerlegbar. Deshalb wird die GdP weiterhin die zivilrechtlichen Interes-



sen ihrer Mitglieder wahrnehmen und hat auch mit ihrem außergerichtlichen Verfahren große Erfolge für die betroffenen Polizistinnen und Polizisten erzielt.

....Beleidigung „All Cops are Bastards“ A.C.A.B., gegrölt von einem Fußballfan beim vorbeilaufen zu einem Einsatzbeamten...350.- € Schmerzensgeld...

....Beleidigung „Du scheiß Bulle“... „Du dreckiger Wichser“... „Scheiß Nazi...“ ...„Du Hurensohn“ bei einer Demonstration...650.- € Schmerzensgeld...

....Beleidigung durch mehrfaches zeigen des erhobenen Mittelfingers vor dem Gesicht eines Polizeibeamten... 450.- € Schmerzensgeld...

...Beleidigungen...„Hurensohne“... „Ich bring Euch alle um“ ... „Bullenschweine“...„Bastarde“...„Schwanzlutscher“... „ihr seid alle tot“... 1800.- € Schmerzensgeld für vier Beamte

Der Ordnung halber möchten wir anmerken, dass es sich bei dem beschriebenen Fall um keinen Rechtschutzfall der GdP handelt. Wir haben mit unserem Vorgehen im außergerichtlichen Verfahren weit aus bessere Erfolge für die Kolleginnen und Kollegen erreicht und uns auf andere Rechtsprechungen bezogen, die wohl die Persönlichkeitsrechte der Kolleginnen und Kollegen verletzt haben. In diesem Urteil hat die Richterin es nicht in Betracht gezogen, dass in der uniform „Auch nur ein Mensch“ steckt. TM

KRAWALLE IM FUSSBALLSTADION:

GdP: Trotz Schalke-Streit Dialog mit dem Fußball fortsetzen

Quelle: www.gdp.de

Berlin. Der offene Streit über die Anwesenheit der Polizei in Fußballstadien darf nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nicht zum Abbruch des Dialogs über die Sicherheit rund um den Fußball führen. "Wir haben großes Verständnis für die massive Verärgerung unserer Kolleginnen und Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, die für einen mit den Verantwortlichen von Schalke 04 abgestimmten Einsatz zu Unrecht kritisiert wurden. Unterdessen haben die weit über zehn Millionen Zuschauer allein in einer Bundesligasaison das Recht auf ein sicheres Fußballerlebnis und damit auch auf die Präsenz der Polizei", sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek.

Angesichts bestehender Sicherheitsgefahren müsse klar sein, dass die Sicherheit bei Fußballspielen nur mit einem vertrauensvollen Zusammenwirken von Polizei und Sicherheitskräften erreicht werden kann. Es sei unrealistisch, dass die Vereine aus dem Stand heraus genügend gut ausgebildetes Sicherheitspersonal stellen könnten, so GdP-Vize Radek. Für einen bundesweiten Rückzug der Polizei aus den Stadien gebe es daher keinen Anlass. Die GdP appelliert erneut an alle Verantwortlichen, weiterhin konstruktiv die Sicherheitslage rund um das Fußballgeschehen zu beraten und umzusetzen.

Dazu gehöre auch, so Radek, die Gespräche mit den Fans fortzusetzen. "Auch wenn es schwierig wird, darf der Gesprächsfaden mit den Fans nicht abreißen." In diesem Zusammenhang verwies der stellvertretende GdP-Chef auf das 10-Punkte-Programm der GdP für einen "friedlichen Fußball".

10 Positionen der GdP für friedlichen Fußball

1. Die Richtlinien des DFB zur Stadionsicherheit haben sich bewährt, obwohl die Zahl der Stadionverbote leicht rückläufig ist, stellen sie ein probates Mittel zur Gewaltprävention dar. Nach den Vorfällen der Hinrunde der Fußballsaison 2011/2012 fordert die GdP eine absolut konsequente Haltung der Vereine im Umgang mit bekannten Fußballgewalttätern sowie die Anwendung der DFB-Stadionrichtlinien außerhalb der Profiligen. Hausverbote und nach entsprechendem Verfahren auch Stadionverbote müssen konsequent gegenüber jeder Person ausgesprochen werden, der die Stadionordnung oder Strafgesetze innerhalb und außerhalb der Stadien verletzt.

2. Um jugendliche Gewalttäter aus dem Fußballbereich frühzeitig die Grenzen aufzuzeigen, müssen auch die Straftaten dieser Personen möglichst rasch in einem Strafverfahren bearbeitet werden. Die Erfahrung zeigt, dass es in der Justiz gegenüber sog. Fußballstraftätern durchaus eine gewisse Nachsicht zu geben scheint. Die GdP empfiehlt daher,



Kleines Foto: GdP-Chef Oliver Malchow im Interview mit dem Fußball-Sender "Sky"
Fotos: GdP / Holecek / MiZI

die Justiz im Umgang mit sportspezifischen Kriminalitätsphänomenen zu sensibilisieren.

3. Die GdP bleibt bei ihrem Nein zur Beteiligung der Fußballvereine an den Kosten von Polizeieinsätzen, weil dies aus grundsätzlichen Erwägungen (Gleichbehandlung der Kostenverursacher, Vereine als Nicht-Störer) nicht zielführend ist, die eingenommenen Mittel nicht der Polizei zur Verfügung gestellt würden und lediglich Vereine der ersten und zweiten Bundesliga betroffen wären. Die GdP setzt darauf, dass sich die Fußballvereine ihrer finanziellen Verantwortung für eine nachhaltige Präventionsarbeit bewusst sind.

5. Viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte müssen sich in den Einsatzsituationen vielfältigen Beleidigungen aussetzen. Die Gewerkschaft der Polizei vertritt die Auffassung, dass vor allem die Bezeichnung A.C.A.B. oder abgewandelte Formen über den Grad der individuellen Deliktsform der Beleidigung auch einen strafwürdigen kollektivbeleidigenden Charakter hat. Wir fordern die Justizminister des Bundes und der Länder auf, die kollektive Beleidigung einer Berufsgruppe nicht tatenlos hinzunehmen.

6. Um die Einsatzbelastung der Landes- und der Bundespolizei deutlich zu senken, ist es notwendig, einer Kollision von Großereignissen mit polizeilicher

Einsatznotwendigkeit frühzeitig entgegenzuwirken. Es ist zu begrüßen, dass die zwischen der GdP und dem DFB geführten Gespräche dazu geführt haben, eine Spitzenbelastung der Polizei, z.B. rund um den 1. Mai 2011 zu reduzieren, gleichwohl lässt sich ein vernünftiges Einsatzmanagement nur dann künftig umsetzen, wenn die wichtigen Akteure wie Bundesregierung, Landesregierungen, DFB und Polizeiführungen sich noch stärker abzustimmen versuchen.

7. Die GdP fordert ein Alkoholverbot im Bereich des ÖPNV, denn Alkohol ist der Gewaltbeschleuniger schlechthin.

8. Die Fanbegleitung durch den jeweiligen Heimatverein muss auf allen An- und Abreisewegen verbessert werden.

9. Die Versorgung reisender Fans in Zügen des Nah- und Fernverkehrs muss sowohl in sanitärer als auch in gastronomischer Hinsicht verbessert werden, wobei es nicht auf 1.-Klasse-Standards, sondern zumindest auf die Einhaltung von Minimalstandards ankommt. In den Regelzügen muss darüber hinaus anlassbezogen mehr Transportkapazität zur Verfügung gestellt sein.

10. Die Verwendung von Pyrotechnik innerhalb und außerhalb von Stadien muss verboten bleiben.

Quelle: GdP-Bund

GdP bilanziert TV-Duelle:

Malchow: Kein Bedarf an innerer Sicherheit?

Quelle: www.gdp.de

Berlin. Nach den beiden TV-Duellen der Spitzenkandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien vermisst die Gewerkschaft der Polizei (GdP) klare Aussagen zur künftigen Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Angesichts bestehender Ängste vor seit Jahren hoher Alltagskriminalität und zunehmender Überwachung ließen die Politiker nach Auffassung der GdP Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen allein. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: "Die Menschen haben ein Recht darauf zu erfahren, wie in Zeiten knapper Kassen die persönliche und öffentliche Sicherheit gewährleistet wird. Der rasante Anstieg von Einbrüchen in den letzten Jahren, öffentlich ausgetragener Schießereien in Innenstädten und politisch motivierte Gewalt verunsichern die Bevölkerung, ohne das die Politik da-

rauf eine Antwort hat." Stattdessen werde die Polizei in den Ländern seit Jahren geschliffen und Polizistinnen und Polizisten durch populis-

den Parteien im Wahlkampf Milliardenentlastungen versprochen werden, kämpfen meine Kolleginnen und Kollegen beispielsweise in den Ländern Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen für die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme der Tarifabschlüsse", so Malchow. Dieser Widerspruch zwischen Wahlkampfgetöse und harter Realität sei unerträglich.



Die GdP weise die Politik seit Jahren daraufhin, dass Streifenwagen immer später kämen, die Präsenz der Polizei auf der Straße massiv abnehme und der Krankenstand durch die immensen Belastungen der Beschäftigten wachse.

tische Debatten über zu hohe Gehälter und Pensionen frustriert wie genervt, sagte der GdP-Chef. "Während auf Bundesebene von

Malchow: "Die Politik hingegen schweigt zu diesem brennenden Problem beharrlich und hat keinen Bedarf an innerer Sicherheit."

Erlös aus dem Polizeifest 2012 Sweat-Shirts mit aktueller Aufschrift an Einsatzzug Mannheim übergeben



PM Timo Breusch und PM'in Romy Steinbeisser mit den neuen Shirts

Wie jedes Jahr konnten wir einer Dienststelle etwas Gutes tun. Wie ja schon mehrfach berichtet, unterstützen wir Mannheimer Dienststellen mit eigenen Trikot-Sätzen. Das FLZ (Führungs- und Lagezentrum), die Verkehrsüberwachung etc. haben davon schon profitiert.

Auch in diesem Jahr konnten wir vom Erlös des Polizeiballs 2012 den Einsatzzug Mannheim unterstützen. Diesmal gab es aber kein Satz Trikot sondern ein funktionales Shirt aus 100 Prozent Baumwolle, das gerade für Dienstsport und AZT seinen Zweck erfüllt. TM

GdP: Bedrohungslage auch zwölf Jahre nach 9/11 ernst

Malchow fordert mehr politische Unterstützung für Bekämpfung von Terror und Extremismus

Berlin. Die Bedrohung Deutschlands durch den fundamentalistisch-religiös motivierten Terrorismus ist nach Auffassung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) auch zwölf Jahre nach den verheerenden Anschlägen auf New York und Washington unverändert ernst.

Angesichts des gefährlichen Syrien-Konflikts müsse, so GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow, eine Zuspitzung der Gefährdungslage hierzulande befürchtet werden.

Selbst wenn die Bundesregierung eine Beteiligung an einem möglichen Militärschlag gegen das Assad-Regime ausschließe, bleibe Deutschland im Fokus radikal-extremistischer Gruppierungen. Malchow: "Die Bundestagsparteien müssen deshalb die innere Sicherheit schnellstens an die Spitze ihrer Agenda setzen."

Auch die Bundesregierung und ihr Innenminister müssen infolge des NSA-Skandals und der NSU-Mordserie den deutschen Sicherheitsbehörden klare Ziele bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus und des politischen Extremismus vorgeben." Der GdP-Bundesvorsitzende verwies auf die

Befürchtungen des Verfassungsschutzes, dass deutsche Islamisten sich in Syrien weiter radikalisieren und "Kampfaufträge" für Deutschland erhalten könnten. Für die Aufklärung vor allem gewaltbereiter salafistischer Kreise brauche die Polizei politischen Rückhalt, der in praxistaugliche Gesetze mündet.

Die bevorstehende Bundestagswahl und die anschließende Regierungsbildung dürften daher nicht zu einem wochenlangen Stillstand bei drängenden Sicherheitsfragen führen, so der GdP-Chef.

Malchow: "Einerseits soll die Polizei wirksam Terror und Extremismus lückenlos bekämpfen, andererseits aber stellt die Politik ihr weder die notwendigen personellen Mittel noch das dafür erforderliche Handwerkzeug zur Verfügung." Nach Informationen der GdP wird seit Jahren das Personal des polizeilichen Staatsschutzes hin und her geschoben und nicht entsprechend aufgestockt.

Auch das seit Jahren andauernde Gezänk um die Mindestspeicherung von Telekommunikationsdaten, so Malchow, behindere die polizeiliche Bekämpfung extremistischen Terrors und der Schwerekriminalität.

POLIZEI

Gewerkschaft der Polizei

DEIN PARTNER

POLIZEI FÜR BÜRGER
BÜRGER FÜR POLIZEI

Polizeifest Mannheim



Einlass: 18.30 Uhr
Beginn: 19.30 Uhr

Karten-Bestellung:
0621 - 174 4226
info@gdpmannheim.de

Eintritt: 15 €

TEN AHEAD

The hardest working Showband

JUNGE JUNGE!

Zauberkunst im DoPPelpack



*Freikartenkontigent
für GdP-Mitglieder
solange Vorrat reicht*



28. September 2013 – Festhalle Baumhain